



THOMAS FUCHS, GROSSRAT,
SEKRETÄR PRO LIBERTATE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Öde und langweilig?

Werte Leserinnen und Leser

So stellt man sich einen Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden vor. Darin zu lesen: 2'128 Methadonbehandlungen, 360 Heroin- und 7 Morphinbehandlungen im 2003. Tuberkulosefälle 92. Opferhilfesuche 349. Beim Jugendamt gab es 923 Verweise, 2'149 Bussen und 1'155 Arbeitsleistungen sowie 85 Einschliessungen bedingt und 14 unbedingt. Waffentragbewilligungen wurden 44 erteilt, währenddem 37'729 Straftaten begangen und zur Anzeige gebracht wurden! Unfälle waren innerorts 4'780 zu verzeichnen, ausserorts 1'602 und auf Autobahnen 881. Im Migrationsdienst wurden 563 Einreisesperren verhängt und dem Kanton Bern 2'771 neu Asylsuchende zugewiesen. Die Untersuchungsrichterämter verzeichneten 141'964 Anzeigen, polizeiliche Berichte und Meldungen.

Aufgepasst: die Ferienzeit naht!

Zum 1. August

ALFRED MATHÄUS ZUMBRUNN

E-Mail: alfred@zumbrunn.com

Früher war es eine Ehre, im Dorf die Ersteaugustrede halten zu dürfen. Sie bot die einmalige Gelegenheit, besinnliche Worte an die Dorfgemeinschaft zu richten. Sie durfte, ja sie musste bodenständig, patriotisch sein. Es galt, den Geburtstag der Eidgenossenschaft zu feiern. Einen Bezug zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen. Eine Standortbestimmung vorzunehmen, Lehren zu ziehen und Profile für die Zukunft zu stellen. Das geschah in einer der Würde der Stunde entsprechenden Tonlage, gelegentlich wohl auch etwas zu pathetisch. «Liebe Miteidgenossen, liebe Frauen und Kinder, werte Gäste!». Die Rede wurde umrahmt von Darbietungen der Dorfvereine. Musikanten, Jodler, Trachtengruppe und Turner zeigten ihren Angehörigen, der nach vollbrachtem Tagwerk zu-



Bild: Keystone: Nationalfeiertag Rütli

In dieser Ausgabe

- 2** Besuch des Militärflugplatzes Meiringen
- 4** Militärfliegerei als Attraktion
- 4** Armee XXI: Nochmals – es muss gelingen!
- 5** Selbstbestimmung auch für Taiwan
- 6** Weitermachen in der Armee XXI – Einige Eindrücke
- 7** Gedanken der Präsidentin
- 8** Zusammenfassung



sammengeströmten Dorfgemeinschaft und den Gästen, was sie für diesen feierlichen Anlass eingeübt hatten. Später, nach Einbruch der Dunkelheit, wurde das Feuer entzündet, die Kinder besammelten sich zum Fackelzug und von den Höhen grüssten die Höhenfeuer. Nach Ende der offiziellen Feier begann die Knallerei, welche vor allem für die Buben und die junggebliebenen Väter einen Höhepunkt des Abends bildete. Schliesslich sass man bei Bier und Bratwurst zusammen, in der Festwirtschaft oder daheim im Garten.

Neuerdings – und namentlich in städtischen Verhältnissen – sind Erstaugustredner weniger gefragt. Nachdem der von der 68er-Revolution geprägte moderne Zeitgeist nahezu alle Eckwerte einer patriotischen Festrede zerstört, verunglimpft oder wenigstens lächerlich gemacht hat, wird das Schwergewicht zunehmend auf Festen denn auf Feiern gelegt. Und da der Tag kürzlich bedauerlicherweise zum offiziellen Feiertag erklärt worden ist, kann die Völlerei bereits am Morgen beginnen. Für Festreden alten Stils besteht da kaum mehr Bedarf. Leider verschwindet damit auch die bislang einzige Möglichkeit einer «staatspolitischen Weiterbildung». Eine staatsbürgerlich-patriotische Aufrüstung wäre aber bitter nötig. Hier würde ich einhaken, hätte ich eine solche Rede zu halten. Aber schon die Anrede bereitet Kopfzerbrechen: Liebe Miteidgenossen und Miteidgenossinnen! Kann man das sagen? Sogar Bundesräte verzichten auf eine solche Anrede, weichen aus auf das einfachere Mitbürger und Mitbürgerinnen. Sind dann die Asylanten auch eingeschlossen? Sagt man besser Miteinwohner? Oder noch einfacher liebe Anwesende? Ich fürchte, der Begriff Miteidgenosse geht uns verloren.

Er ist hochgradig gefährdet, wie so manches Andere auch. Kann man am 1. August noch von Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität, Föderalismus, Wehrbereitschaft sprechen, wenn viele führende Persönlichkeiten und breite Kreise unseres Volkes nicht mehr an diese Werte glauben und bereit sind, sie um ein Linsengericht zu verscherbeln? Wenn eine Bundesrätin wohl den Eid auf die Verfassung ablegt, später aber erklärt, dass der Weiterbestand der Schweiz für sie nicht wichtig sei? Wenn der Bundesrat die Aktivdienst-Generation dem Gespött der Junghistoriker preisgibt? Wenn eine Mehrheit der Bundes-

politiker zu wissen glaubt, dass ein EU-Beitritt unausweichlich sei? Wenn unser höchster Offizier, der Friedensgeneral, öffentlich erklärt, unser Land könne autonom nicht mehr verteidigt werden?

Wie sollen die Jungen und die vielen Neubürger (Eingebürgerte) wissen, was wir meinen, wenn wir von direkter Demokratie, Willensnation, eidgenössischer Gesinnung oder Staatsidee Schweiz sprechen, wenn sie die Bedeutung dieser Begriffe nicht mehr erklärt bekommen? Weder in der Schule noch durch die Massenmedien noch am 1. August? Meine staatspolitische Standortbestimmung zum 1. August 2004 fällt daher düster aus. Unser Volk leidet unter einer schweren Identitätskrise. Zu viele staatspolitisch tragende Werte wurden in den vergangenen 35 Jahren zerstört. Die einigenden Kräfte werden gering geschätzt oder sind verschüttet. Der schwerwiegendste Entscheid seit 1848, das EU-Beitrittsproblem, spaltet unsere Nation. Die damalige Schicksalsfrage Zentralismus oder Föderalismus konnte mit Kompromissen entschärft werden. Das gelingt hier nicht: die EU-Frage lautet ja oder nein. Das macht Angst, verunsichert. Viele Miteidgenossen haben die Hoffnung auf Besserung aufgegeben, andere sind im Begriff zu resignieren. Aber das darf unser Weg nicht sein. Noch haben wir die Möglichkeit, für die Staatsidee Schweiz einzutreten.

Das Tell-Jubiläum ist ein Glücksfall. Tausende werden diesen Sommer Tell-Aufführungen besuchen. Wird Tell nochmals modern? Vielleicht wieder ein positives Thema in unseren Schulen? Vielleicht wird auch erzählt, wie die Tagsatzung der Alten Eidgenossenschaft jährlich den Bund neu beschwor.

Heute könnte die Erstaugustfeier die Möglichkeit bieten, die nationale Verbundenheit neu zu beenden: Es ist schön, dass es die Schweiz gibt. Ich bin stolz, ein freier Bürger, ein Eidgenosse zu sein, mit allen Rechten und Pflichten. Diese will ich auch im kommenden Jahr getreulich beachten. So wahr mir Gott helfe!

Weigern wir uns nicht, Erstaugustreden zu halten. Vielleicht nicht gerade auf dem Dorfplatz, dafür in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder im Verein. An uns liegt es, dafür zu sorgen, dass die geistigen Höhenfeuer nicht erlöschen.

Eigentlich wollte ich eine Erstaugustrede schreiben. Daraus wurde wohl nichts – oder doch?

Besuch

Am 28. Mai besuchten rund 120 PRO-LIBERTATE-Mitglieder den Militärflugplatz Meiringen im Berner Oberland. Meiringen ist neben Sion und Payerne der Hauptflugplatz für den Jetflugbetrieb der Luftwaffe. Unter kundiger Führung in Gruppen konnten der Betrieb und vor allem die Jets betrachtet werden. Wegen Ausbauarbeiten gabs keinen Start eines FA18 zu sehen, doch konnten sie im Hangar betrachtet werden. Rund 170 hochwertige Arbeitsplätze bietet dieser Militärflugplatz. Zudem bestehen 25 Ausbildungsplätze und somit ist der Flugplatz der grösste Lehrstellenanbieter der Region. Nach dem Besuch des Flugplatzes erläuterte SVP-Grossrat Hans Michel aus Brienz während des Mittagessens,



■ Grosse Aufmerksamkeit geniesst der FA 18. ■

dass die Region einerseits von diesem Betrieb profitiere und andererseits auch einer beträchtlichen Lärmbelastung ausgesetzt sei. Die regionalen Behörden unterstützten den Militärflugplatz. Zwischen Bevölkerung, Tourismus und Luftwaffe fän-



des Militärflugplatzes Meiringen



Die Gruppenführer



Der Tiger wird inspiziert.



Besammlung auf dem Militärflugplatz Meiringen



den Gespräche statt, bei denen Lösungen gesucht würden, die ein sinnvolles Nebeneinander ermöglichten. Beispielsweise sei aus Rücksicht auf den Tourismus diesen Sommer keine Flieger-RS in Meiringen stationiert. Ebenfalls würden Starts und Lan-

dungen über die Mittagszeit generell eingeschränkt werden. Grosse Gegnerschaft droht dem Flugplatz aus linken Kreisen (Postulat Christine Goll, Nationalrätin SP) und vom Umweltschützer und Retter des Hotels Giessbach, Franz Weber, der kürzlich eine Initiative lancierte «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten». Diese Vorstösse zielen klar darauf hin, eine weitere Schwächung unserer Landesverteidigung voranzutreiben.



Grossrat Hans Michel aus Brienz referiert vor einer interessierten Zuhörerschaft.

Militärfliegerei als Attraktion

4
5



Lärm stört viele Gäste nicht

Als deutscher Feriengast verbringe ich seit Jahren mit meiner Familie die Ferien in der Alpenregion. Ich geniesse die herrliche Landschaft und bestaune aus nächster Nähe, wie viele andere auch, die einmalige Militärfliegerei. Mit Staunen las ich

in der Regionalzeitung die kritischen Artikel und Leserbriefe. Vergessen Sie in der Region nicht, dass viele Gäste die Fliegerei als Attraktion ansehen und sich absolut nicht an den wenigen Lärmereignissen stören. Denn am Abend sowie Samstag und Sonntag herrscht Ruhe, was in den Städten und grö-

seren Agglomerationen beileibe nicht gesagt werden kann. Als Feriengast begreife ich, dass es auch während meiner Ferienzeit Leute gibt, die ihrer Arbeit nachgehen müssen und damit ihr Einkommen bestreiten. Ich freue mich, auch wieder in Ihre Ferienregion zu kommen.

3. Mai 2004, Josef Schmitz, Köln



Armee XXI: Nochmals – es muss gelingen!

DOMINIQUE BRUNNER,
MILITÄRPUBLIZIST, OBERST I GST A. D.

Diesen Titel setzte ich vor zwei Jahren über Ausführungen zur damals im Parlament – eifrig – diskutierten sogenannten Armee XXI. Wer sich – ehrlich und sachverständig – mit dem Projekt befasste, konnte zu keinem anderen Schluss kommen. Denn die, ich wäge meine Worte, unselige «Armee 95» war am Ende: Sie hatte die bis Ende der achtziger Jahre auf einen hohen Stand gebrachte Ausbildung der Milizarmee binnen kurzem in Frage gestellt, durch von vornherein fahrlässige oder mindestens leichtfertige Re-

formen, was andere und ich selber rechtzeitig moniert hatten. Die schlagendsten Mängel? Die ungenügende Dauer der Grundausbildung, 15 Wochen unter Verzicht auf Samstagsarbeit (zuvor waren es 17 Wochen und in gut geführten Einheiten Arbeit am Samstag bis am frühen Nachmittag gewesen); ungenügende Schulung der Einheitskommandanten im Führen im Massstab 1 zu 1; Wiederholungskurse für die Masse der Verbände nur alle zwei Jahre; weitgehendes Abschaffen der Scharfschiessübungen im Verband, Kompanie und Bataillon, und von Regimentsübungen genügender Dauer; Tendenz zur willkürli-

chen Aushöhlung der Wehrpflicht via Dispensationen «à la gueule du client». Die Motivation blieb auf der Strecke, und daran war die Armee 95 mit ihren eklatanten Fehlern zuallererst schuld, und nicht primär die Gesellschaft, die Wirtschaft etc. Nachdem die Verantwortlichen nicht rechtzeitig – das heisst rasch – korrigierend eingegriffen hatten, blieb keine andere Wahl, als einen neuen Anlauf zu nehmen und die Armee grundlegend umzugestalten, so dass das Reformwerk längere Zeit Bestand haben könnte. Die Armeearganisation 61 hat sich mehr als dreissig Jahre lang bewährt. Das war auch das Argument, das den

Verfechtern eines Referendums zur Revision des Militärgesetzes entgegengehalten werden musste. Nun da diese Armee XXI in einer – wie die Realität belegt – zu knappen Frist aus dem Boden gestampft worden ist, treten Anfangsschwierigkeiten zu Tage, die Aerger verursachen. Man hätte wissen können, dass man ein Risiko einging. Schliesslich hatte man den Ehrgeiz, die fundamentalste Umgestaltung



der Armee seit 1874 zu vollbringen. Einiges war auch schlecht durchdacht bzw. vernachlässigte entscheidende Randbedingungen. Ich habe hinter das Konzept der «Durchdiener» von vornherein Fragezeichen gesetzt. Die entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der wahrlich «neuen» Armee, nämlich die Verfügbarkeit von Instruktoressen in genügender, d.h. wesentlich erhöhter Zahl, wurde offensichtlich unterschätzt. Nachdem die Armee während des letzten

Jahrhunderts, ausser in Kriegszeiten, nie den angestrebten Bestand an Instruktoressen erreichte, lag auf der Hand, dass es ungewöhnlicher Anstrengungen bedürfen würde, um irgendwie annähernd das Rekrutierungsziel zu erfüllen. In der Schrift «Unterschätzte Bedeutung der Luftwaffe» des Vereins Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft stand 2002 bezüglich der Instruktoressenfrage: «Das sind gewiss moderne Ausbildungseinrichtungen bzw. -instrumente. Es sind aber in erster

Linie Ausbilder, die nicht nur ihr Metier fachlich beherrschen, sondern überzeugen ... Kleinliche Bezahlung qualifizierten Berufspersonals wäre mit dem oben betonten Auftrag an die politischen Verantwortlichen unvereinbar».

Und damit sind wir in medias res gelangt. Die politische Führung, Bundesrat und Parlament, verweigern die Mittel, die für attraktive und der Bedeutung des Auftrages entsprechende Löhne erforderlich sind. Vor einem Jahr hat das Volk die Armee XXI gutgeheissen. Vor zwei Jahren hat das Parlament entschieden. Vor vier und drei Jahren hat das VBS den Preis der neu gestalteten Armee bekannt gegeben, jährlich zwei Milliarden Investitionen über mehrere Jahre. Die politische Klasse hat in Kenntnis des Preises ihre Beschlüsse gefasst. Sie, auf alle Fälle viele ihrer Repräsentanten, handeln schuldhaft und halten Volk und Armee zum Narren – nicht etwa nur die Linken.

Selbstbestimmung auch für Taiwan

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Als in China 1911 ein Dr. Sun Yat-sen und der spätere Präsident Tschiang Kai-schek die Tsching-Dynastie stürzten und die «Republik China» ausriefen, ahnten sie noch nicht die späteren Kriege mit Japan und den Bürgerkrieg mit den Kommunisten unter Mao Tse-tung. Herbst 1948 gründete dieser in Peking die «Volksrepublik China», während die Reste der nationalchinesischen Armee sich auf die Insel Taiwan zurückzogen. Bis heute ist der

Kriegszustand zwischen beiden Seiten nicht beendet, wenngleich seit längerem äusserlich Ruhe herrscht. 1979 dann liessen die USA ihren bisherigen Verbündeten fallen und anerkannten Peking. In der «Taiwan Relation Act» versprachen sie indes, den Inselstaat weiterhin mit erforderlichen Defensivwaffen zu unterstützen; sollte Taipeh bedroht werden, würde Washington «geeignete Massnahmen» ergreifen – eine Wiedervereinigung dürfe nur friedlich erfolgen. Tatsächlich aber hat die Volksrepublik bis in die jüngste

Zeit mit einer Wiedervereinigung auch unter Waffengewalt gedroht. Sie sieht in Taiwan eine «abgefallene Provinz», während diese sich zu einem westlichen Staat mit entsprechendem Lebensniveau entwickelte und angesichts der Lage in Tibet und Hongkong kaum Interesse an einer staatlichen Einheit mit dem kommunistisch regierten Peking zeigt.

So ist es eigentlich nur ein folgerichtiger Schritt, wenn Taiwans Präsident Chen Shui-bian jetzt eine neue Verfassung des Inselstaates mit einem Referendum plant, was Peking wohl nicht zu Unrecht als Vorstufe für ein offizielles Unabhängigkeits-Votum wertet. Tatsächlich möchte Taipeh in zwei Jahren jene Verfassung einführen, welche die

Insel zur «Republik Taiwan» und damit zugleich unabhängig von China erklären soll. Für einen solchen Fall aber hat die Volksrepublik wiederholt mit einem direkten Krieg gedroht, selbst wenn dadurch ihr Wirtschaftswachstum und sogar die Olympischen Spiele 2008 betroffen wären.

Die grosse Frage ist dabei das Verhalten der USA. Diese benötigen Chinas Unterstützung bei ihrem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und insbesondere bei der dringenden Lösung der nord-koreanischen Atomfrage; diploma-

ten Ziele seiner Volksrepublik überaus verärgert, würde ein solcher Unabhängigkeits-Schritt Taipehs eine grosse ideologisch-politische Niederlage des Riesenreiches darstellen.

Ob aber ein direkter Kriegsüberfall der chinesischen Kommunisten auf den Inselstaat mit seinen 23 Millionen Menschen die Folge wäre, könnte dennoch bezweifelt werden: die Reaktion Washingtons könnte sehr scharf ausfallen und in einem Kriege würde Peking der Unterlegene sein. Zudem braucht die Volksrepublik für ihren nötigen Wirtschafts-

aufbau in erster Linie innere und gerade auch äussere Ruhe, ohne jedoch ihr «Gesicht zu verlieren». Um aber ein Aufkommen von dunklen Wolken in der Formosa-Strasse zu vermeiden, werden zweifellos noch viele vertrauliche Verhandlungen zwischen dem Dreieck Peking – Washington – Taipeh erforderlich sein.

■ Nationalchinesische Hauptstadt Taipeh, im Hintergrund der Präsidentenpalast. ■



tische Versuche Pekings jetzt im April, Washington zur Einstellung seiner Lieferungen modernster Waffen an Taiwan zu bewegen und dafür seinen Druck auf Pjöngjang zu verstärken, haben die Amerikaner scharf abgelehnt. Einmal müssen sie für Chens Vorstellungen schon Verständnis haben, gehört das Recht auf Selbstbestimmung doch zu den demokratischen Grundprinzipien Amerikas. Doch auch schon aus strategischen Gründen kann kaum unterstellt werden, dass ein US-Präsident den «unversenkbaren Flugzeugträger» Taiwan opfern wird. Eine Eskalation käme Bush allerdings höchst unangelegen, am liebsten wäre ihm (wie auch Peking) der bisherige Status quo. War andererseits schon Deng Xiaoping über die ausbleibende Einvernahme Taiwans als eines der wichtigs-

Weitermachen in der Armee XXI – Einige Eindrücke

PATRICK FREUDIGER, LANGENTHAL

In den letzten PL-Mitteilungen erschien ein Artikel über meine Eindrücke als Rekrut in der Armee XXI. In dieser Ausgabe schreibe ich, sozusagen als Fortsetzung, wie ich die Aspirantenschule bis jetzt erlebt habe.

Mit der Armee XXI hat sich das Weitermachen radikal geändert. Neu war unsere RS bereits nach 7 Wochen zu Ende. Alle Aspiranten, so-

wohl für einen Unteroffiziers- als auch für einen Offiziersgrad, wurden zu Soldaten befördert und von Chamblon/VD nach Colombier/NE in die Aspirantenschule verlegt. Dort kamen wir mit den Aspiranten von Bière/VD in einer Kompanie zusammen. Die Aspirantenschule, welche ich momentan durchlaufe, dauert 10 Wochen. Ich kann also erst über diese erste Stufe des Weitermachens berichten. Erst nach dieser Schule werden Unteroffiziers- und

Offiziersaspiranten getrennt. Die Ausbildung dauert danach für Unteroffiziere 12, für die Offiziere 26 Wochen. Schliesslich haben diese während 8 (Uof) bzw. 9 (Of) Wochen ihren Grad abzuverdienen.

Zug und Zugführer gibt es in der Aspirantenschule nicht mehr, dafür Klassen und Klassenlehrer. Klassenlehrer ist ein Major oder ein Stabsadjutant. Eine Klasse besteht in unserer Kompanie aus etwa 10 bis 40 Aspiranten. Diese guten Klassengrößen ermöglichen eine solide Ausbildung. Dies kann sich aber ändern, wenn die Anwärter der letzten Armee-95-RS zu uns stossen werden. Unsere Klasse besteht aus 12 Aspiranten, wobei alle freiwillig weitermachen. Unsere Ausbildung erfolgt ausschliesslich durch Zeit- und Berufsmilitärs. Die Entlohnung ist gegenüber der RS bereits angestiegen: Mit Sold und EO-Entschädigung auf brutto 102 Fr./Tag. Das Programm der Aspirantenschule sieht für die ersten vier Wochen eine vertiefte Repetition der Grundausbildung in Colombier vor. Danach folgen für unsere Klasse je zwei Wochen Panzerjägersausbildung in Bure/JU, Schiessausbildung auf der Geissalp/FR und Häuserkampf in Le Day/VD.

Die Aspirantenschule ist die erste Stufe der Chefausbildung, theoretisch wie praktisch. Das Hauptgewicht dieser 10-wöchigen Ausbildung liegt auf der Befehlsgebung. Üben können wir diese als Führerrechts (wechselt wöchentlich), in der Gruppenschule, in Gefechtsübungen etc. Die Theorie beinhaltet insbesondere Lektionen über Sicherheitspolitik, etwas Taktik und eine Führungsausbildung der unteren Milizkader (FUM). Das ist neu in der Armee. Sie kann mit einer Prüfung abgeschlossen werden, was – gemäss VBS – auch in der Privatwirtschaft anerkannt wird. Die FUM-Lektionen beinhalten unter anderem Themen wie Konflikte, Kommunikation oder Gruppenführung. Verknüpft mit der Ausbildung als Chef ist aber auch eine weitere Ausbildung als Soldat. Ein Beispiel dafür sind Übungen mit dem Panzerjäger: Dieselbe Übung wurde mehrmals wiederholt, wobei jedes Mal ein anderer Aspirant die Rolle des Kommandanten übernahm. Die anderen Aspiranten übernahmen Soldatenfunktionen.

Fazit: Die Ausbildung ist sehr gut. Gerade unser Klassenlehrer, ein Major, besitzt eine grosse Erfahrung, welche er uns weitergeben kann. Das Erlernen theoretischer und

praktischer Kenntnisse ist aber nur das eine. Man lernt auch, sich wie ein Chef zu verhalten und gewinnt an Selbsterkenntnis. Einige ernst zu nehmende Probleme ergeben sich aufgrund der neu gegliederten Ausbildung für Vorgesetzte. Nach nur 7 Wochen RS verfügen die meisten Aspiranten meiner Meinung nach über zu wenig Kenntnisse und Erfahrung, vor allem aber noch nicht über die Einstellung, um bereits zum Chef ausgebildet zu werden. Dieses Manko kann auch die Aspirantenschule nicht abschliessend ausgleichen. Dies wird insbesondere Unteroffiziere in den Wiederholungskursen vor Probleme stellen. Diese müssen dann Soldaten an Geräten und Waffen instruieren, an denen die Unterstellten allenfalls intensiver ausgebildet wurden. Offiziere andererseits werden nach Armee XXI nie wirklich das Unteroffiziersmetier geübt haben. Da andererseits, zumindest in unserer Klasse, – wohl aufgrund des massiv geringeren Bestandes der Armee XXI – niemand mehr zum Weitermachen gezwungen werden musste, kann die Ausbildung schneller und effektiver vorangetrieben werden. Ein anderes Problem sind die FUM-Lektionen: Da diese Lehrschriften neu sind, wurden die Vorgesetzten nicht daran ausgebildet. Die Lektionen über Sicherheitspolitik sind verständlich gestaltet, gut strukturiert und schildern die aktuelle Bedrohungslage. Politisch sind sie manchmal aber auf Internationalismus ausgerichtet. Oft stellt man die Neutralität zwar nicht als überflüssig, aber doch als eine Art Hindernis dar. Persönliche Gespräche mit verschiedenen Vorgesetzten haben mir gezeigt, dass diese politisch zwar nicht immer auf meiner Linie stehen, aber aufgrund ihrer persönlichen Integrität und Fachkompetenz meinen vollen Respekt geniessen.

Gedanken der Präsidentin



...PRO LIBERTATE...

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

«Eure Staatsform ist es, was euch von den andern unterscheidet und in den Augen Europas interessant macht.»

Napoleon Bonaparte 1803

Dieses interessante Friedens-, Erfolgs- und Freiheitsrezept versucht die Mehrheit unserer Regierung seit Jahren mit Hilfe von Medien, Intellektuellen und Kunstschaffenden abzuschaffen. Der Sonderfall darf nicht existieren. Mit aller Macht versucht man die Bürger und Bürgerinnen EU-reif zu kriegen und Brüssel anzuschliessen. Ein EU-Beitritt würde unsere Staatsform verändern und die Volksrechte beschneiden. Zwar spricht man von Mitbestimmung in Europa, doch in der EU bestimmen nicht Völker, sondern nur Regierungen. Wenige haben das Sagen und viele haben zu gehorchen.

Weltweit kämpfen Menschen um Rechte, Freiheit, Mitbestimmung, Autonomie und sind bereit, ihr Leben dafür einzusetzen. In der Schweiz, wo wir Bürger die einmalige und beste Möglichkeit haben, den Staat mitzugestalten und die Gesetze mitzubestimmen, verläuft eine gegenteilige Entwicklung. Wir alle – Bürger und Behörden – müssen uns einsetzen, damit unsere einmalige demokratische Staatsform erhalten bleibt. Somit unterscheiden wir uns zwar von den andern, bleiben aber für kommende Generationen interessant.

●●●● 2 klare Worte und Positionen

8

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

- 1.** 1. August 2004 tragen wir Sorge zur Staatsidee Schweiz.
«An uns liegt es, dafür zu sorgen, dass die geistigen Höhenfeuer nicht erlöschen.»
- 2.** Die Armee XXI muss endlich nach dem Volkswillen umgesetzt werden!

und ●●●● 2 dringende Hinweise

- 1.** Als Beilage erhalten Sie die Broschüre von Nationalrat Luzi Stamm:
«Die gezielte Zerstörung unserer direkten Demokratie und unseres Wohlstandes.» Weitere Exemplare können Sie jederzeit bestellen.
- 2.** Jetzt anmelden: Am 24. September 2004 besuchen wir die Festung Sargans (Beilage Einladung).

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.



Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach • 3000 Bern 11

4.04

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Alfred M. Zumbunn, 3645 Gwatt

Redaktionsschluss dieser Nummer: 21.7.2004

Schon vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch